

Geschäftsordnung der Bezirkssynode Solothurn

vom 17. Juni 2003

Die Delegiertenversammlung der Bezirkssynode Solothurn beschliesst, gestützt auf § 15 f des Organisationsreglementes vom 1. Oktober 2003¹, folgende Geschäftsordnung, die Organisation und Verfahren bei den Delegiertenversammlungen der Bezirkssynode regelt.

A. *Organisation der Delegiertenversammlung der Bezirkssynode*

Art. 1 Präsident/in

1. Der Präsident/die Präsidentin vertritt die Bezirkssynode nach aussen.
2. Alle für die Delegiertenversammlung und den Vorstand bestimmten Eingaben sind an den Präsidenten/die Präsidentin zu richten.
3. Er/sie schlägt bei Abwesenheit der Protokollführerin/dem Protokollführer der Delegiertenversammlung den Protokollführer/die Protokollführerin vor.
4. Er/sie schlägt der Delegiertenversammlung einen Stimmenzähler/Stimmenzählerin vor.

Art. 2 Protokoll Versammlung

1. Die Protokollführerin oder der Protokollführer des Vorstandes ist die Protokollführerin oder der Protokollführer der Delegiertenversammlung.
2. Das Protokoll wird vom Präsidenten oder der Präsidentin und vom Protokollführer oder der Protokollführerin der Bezirkssynode unterzeichnet.
3. Das Protokoll ist vier Wochen nach den Verhandlungen den Bezirkssynodalen sowie den Mitgliedern des Vorstandes zuzustellen.

¹ KES 72.310.

4. Einsprachen sind spätestens 7 Tage nach Erhalt des Protokolls schriftlich an den Präsidenten/die Präsidentin zu richten. Die Behandlung der Einsprache erfolgt durch den Vorstand. Gehen keine Einsprachen ein, erklärt der Vorstand das Protokoll als genehmigt.

Art. 3 Spezialkommissionen

1. Die Delegiertenversammlung beschliesst, ob ein Geschäft einer Spezialkommission zur Beratung und Antragstellung zu übergeben sei.
2. Jede Spezialkommission konstituiert sich selbst.

Art. 4 Vergütungen

Alle Entschädigungen werden nach einem besonderen Reglement ausgerichtet.

B. Einberufung der Delegiertenversammlungen

Art. 5 Einberufungen

1. Die Delegiertenversammlung wird ordentlicherweise zweimal jährlich durch den Präsidenten/die Präsidentin einberufen, sofern nicht die Mehrzahl der Bezirkssynodalen weitere Sitzungen verlangt.
2. Die Einladung nennt Ort und Zeit sowie die zu behandelnden Geschäfte.
3. Die Einladung ist den Bezirkssynodalen mit den nötigen Unterlagen mindestens zwei Wochen vor der Versammlung zuzustellen.

Art. 6 Teilnahme/Abmeldung

Die Bezirkssynodalen der Delegiertenversammlung sind verpflichtet, an allen Sitzungen teilzunehmen. Wer aus triftigen Gründen verhindert ist, hat sich beim Präsidenten/der Präsidentin abzumelden.

Art. 7 Traktandenliste

1. Der Vorstand erstellt die Traktandenliste.
2. Die konstituierenden Wahlen werden in der ersten Delegiertenversammlung der neuen Amtsperiode vorgenommen.
3. Die Rechnungsablage erfolgt in der ersten, die Beschlussfassung über den Voranschlag in der zweiten ordentlichen Delegiertenversammlung des Jahres.

4. An der zweiten ordentlichen Delegiertenversammlung werden die Daten der beiden ordentlichen Delegiertenversammlungen des nächsten Jahres festgelegt.

Art. 8 Ergänzung der Traktandenliste

Nachträglich können Geschäfte auf die Traktandenliste gesetzt werden, sofern diese dem Präsidenten/der Präsidentin mindestens eine Woche vor der Delegiertenversammlung eingereicht werden. Die ergänzte Traktandenliste ist den Einzuladenden samt allfälligen Vorlagen spätestens fünf Tage vor der Sitzung zuzustellen. Später als eine Woche vor der Sitzung angemeldete Geschäfte leitet der Präsident/die Präsidentin sofort an den Vorstand weiter. Sie werden der Versammlung erst in der Sitzung bekannt gegeben und nur auf die Traktandenliste genommen, wenn eine Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Bezirkssynodalen damit einverstanden ist.

C. Geschäftsbehandlung

Art. 9 Beschlussfähigkeit

1. Der Präsident/die Präsidentin eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.
2. Die Delegiertenversammlung ist beschlussfähig, wenn mehr als 50 % der Bezirkssynodalen anwesend sind.

Art. 10 Öffentlichkeit

Die Verhandlungen der Delegiertenversammlung sind öffentlich. Die Versammlung kann auf Antrag die geheime Beratung eines Geschäftes beschliessen.

Art. 11 Änderung Traktanden-Liste

Die Versammlung kann mit der einfachen Mehrheit der anwesenden Bezirkssynodalen die Änderung der Traktandenliste beschliessen.

Art. 12 Eintreten

Zu Beginn der Behandlung eines Geschäftes ist über die Eintretensfrage zu entscheiden.

Art. 13 Vorgehen

1. Bei der Behandlung von Geschäften, die vom Vorstand vorbereitet sind, erhält zunächst der Sprecher/die Sprecherin des Vorstandes das

Wort.

2. Bei der Behandlung von Geschäften, die von einer Kommission vorbereitet sind, erhält zunächst der Sprecher/die Sprecherin der Kommission und nach ihm ein Vertreter/Vertreterin des Vorstandes das Wort.
3. Hierauf wird die Diskussion eröffnet.

Art. 14 Diskussion

1. Wer die Diskussion benutzen will, hat sich zu melden. Der Präsident/die Präsidentin erteilt das Wort in der Reihenfolge der Meldungen.
2. Wer über den Gegenstand der Beratung noch nicht gesprochen hat, erhält den Vorrang vor demjenigen, der schon vorher zu Wort gekommen ist.

Art. 15 Wortentzug

Entfernt sich ein Redner oder eine Rednerin zu sehr vom Gegenstand der Beratung, so hat ihn der Präsident/die Präsidentin zu mahnen, falls die Mahnung erfolglos bleibt, ihm das Wort zu entziehen.

Art. 16 Anträge

1. Der Vorstand hat Antragsrecht an die Delegiertenversammlung.
2. Anträge von Bezirkssynodalen sind in der Regel dem Präsidenten/der Präsidentin schriftlich formuliert und unterzeichnet einzureichen.

Art. 17 Ordnungsanträge

1. Ein Ordnungsantrag kann jederzeit gestellt werden. Über diesen Antrag ist sofort abzustimmen.
2. Ordnungsanträge sind insbesondere:
 - Antrag auf Schluss der Beratung,
 - Antrag auf Unterbruch oder Abbruch der Sitzung,
 - Antrag auf Verschiebung der Beratung eines Geschäftes
 - Antrag auf Rückweisung eines Geschäftes an eine Kommission oder an den Vorstand.
3. Wird beschlossen, die Beratung zu beenden, so kommt nur noch zu Wort, wer sich vorher gemeldet hat sowie der Sprecher/die Sprecherin der Kommission und des Vorstandes.

Art. 18 Rückkommensanträge

Rückkommensanträge sind am Schluss der Detailberatung vor der Gesamtabstimmung zu stellen.

Art. 19 Wiedererwägung

Auf Wiedererwägungsanträge ist einzutreten, wenn zwei Drittel der anwesenden Delegierten zustimmen.

*D. Abstimmungen und Wahlen***Art. 20 Abstimmungsverfahren**

1. Vor der Abstimmung gibt der Präsident/die Präsidentin eine kurze Übersicht über die vorhandenen Anträge.
2. Der Präsident/die Präsidentin schlägt das Abstimmungsverfahren vor. Wird dieses beanstandet, entscheidet die Delegiertenversammlung.

Art. 21 Zusatzanträge

1. Abänderungs- und Zusatzanträge gelangen vor dem Hauptantrag zur Abstimmung.
2. Stehen sich mehr als zwei Anträge gleicher Ordnung gegenüber, so werden je zwei Anträge einander gegenübergestellt. Der mit der kleineren Stimmenzahl scheidet jeweils aus.

Art. 22 Stimmabgabe

1. Stimmabgabe erfolgt durch Handerheben.
2. Die Versammlung kann geheime Abstimmung beschliessen, wenn wenigstens ein Fünftel der Bezirkssynodalen dies verlangt.

Art. 23 Mehrheit der Stimmen

Bei den Abstimmungen entscheidet die Mehrheit der Stimmenden. Das Gegenmehr ist festzustellen.

Art. 24 Stimmabgabe

1. Der Vorstand ist nicht stimmberechtigt, (ausg. Präsident/Präsidentin und Vizepräsident/Vizepräsidentin, sowie die Mitglieder der bernischen Kirchensynode als Bezirkssynodale).
2. Bei Stimmgleichheit gibt der Präsident/die Präsidentin den Stichentscheid.

Art. 25 Vorgehen bei Wahlen

1. Die Wahlen erfolgen offen, sofern nicht wenigstens ein Fünftel der Bezirkssynodalen geheime Wahl verlangt.
2. Für Mitglieder von ständigen Kommissionen, welche die Wahl nicht annehmen oder ausscheiden, hat die Delegiertenversammlung eine Ersatzwahl vorzunehmen.
3. Für Mitglieder von nicht ständigen Kommissionen, welche die Wahl nicht annehmen oder ausscheiden, hat der Vorstand eine Ersatzwahl vorzunehmen.
4. Das Wahlergebnis wird der Delegiertenversammlung durch den Präsidenten/die Präsidentin bekannt gegeben. Gewählt ist, wer im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit der Stimmen auf sich vereinigt hat. Ungültige und leere Stimmen werden bei der Ermittlung des absoluten Mehrs mitgezählt. Im zweiten Wahlgang gilt das relative Mehr der Stimmen.

Art. 26

Die Wahlvorbereitung obliegt dem Vorstand.

E. Parlamentarische Vorstösse

Art. 27 Motion

1. Die Motion ist ein selbständiger Antrag, der den Vorstand verpflichtet, der Delegiertenversammlung einen Entwurf zum Erlass oder Beschluss vorzulegen, oder dem Vorstand verbindliche Weisungen gibt, welche Massnahmen er treffen oder zu welchen Geschäften er Anträge stellen müsse.
2. Die Motion ist mit einer kurzen schriftlichen Begründung dem Präsidenten/der Präsidentin mindestens fünf Wochen vor der Delegiertenversammlung einzureichen.
3. Text und Begründung werden den Abgeordneten mit der Einladung zur Delegiertenversammlung zugestellt.

Art. 28 Behandlung der Motion

1. Die Motion ist in der auf die Einreichung folgenden Delegiertenversammlung durch den Motionär/die Motionärin mündlich zu begründen. Ist er/sie daran verhindert, kann ein anderer Bezirkssynodaler oder eine andere Bezirkssynodale für ihn/sie die Begründung übernehmen.

2. Nach dem Motionär/der Motionärin erhält der Sprecher/die Sprecherin des Vorstandes das Wort. Nimmt der Vorstand die Motion entgegen, und wird aus der Mitte der Delegiertenversammlung kein Gegenantrag gestellt, gilt sie als überwiesen. Eine Diskussion findet nur statt, wenn die Delegiertenversammlung dies ausdrücklich beschliesst.
3. Spricht sich der Vorstand oder ein Bezirkssynodaler/eine Bezirkssynodale gegen die Überweisung aus, ist damit die Diskussion über das Geschäft eröffnet. Nach Abschluss der Diskussion entscheidet die Delegiertenversammlung, ob die Motion überwiesen oder abgelehnt wird.
4. Eine erheblich erklärte Motion geht zur Berichterstattung und Antragstellung an den Vorstand. Es steht diesem frei, eine von der Motion abweichende Meinung zu vertreten und der Delegiertenversammlung Gegenvorschläge zu unterbreiten.

Art. 29 Dringliche Motion

Die Delegiertenversammlung kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Bezirkssynodalen die dringliche Behandlung beschliessen. In diesem Fall hat die Behandlung an der darauf folgenden Delegiertenversammlung zu erfolgen.

Art. 30 Postulat

Das Postulat ist ein selbständiger Antrag, der den Vorstand einlädt, die darin aufgeworfenen Fragen zu prüfen, darüber Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen.

Art. 31 Behandlung Postulat

1. Für das Verfahren gilt sinngemäss Art. 28 Abs. 1, 2, 3 und 4.
2. Der Vorstand erstattet der Delegiertenversammlung innert nützlicher Frist schriftlich oder mündlich Bericht, ob und in welcher Form er dem Postulat zu entsprechen gedenkt oder entsprochen hat. Damit ist das Geschäft erledigt. Eine Diskussion findet nur statt, wenn die Delegiertenversammlung dies ausdrücklich beschliesst. Der Postulant/die PostulantIn kann jedoch jederzeit eine Erklärung abgeben.

Art. 32 Interpellation

1. Die Interpellation ist ein Vorstoss, durch die ein Bezirkssynodaler/eine Bezirkssynodale vom Vorstand über jede Angelegenheit, die in den Aufgabenkreis der Bezirkssynode fällt, Auskunft verlangen kann.
2. Eine Interpellation ist dem Präsidenten/der Präsidentin mindestens 5 Wochen vor der Delegiertenversammlung, in welcher sie beantwortet werden soll, schriftlich formuliert einzureichen. Es kann ihr eine kurze

Begründung beigefügt werden.

3. Der Präsident/die Präsidentin sorgt für die Aufnahme der Interpellation in die Traktandenliste und für die Bekanntgabe des Interpellationstextes an die Bezirkssynodalen.

Art. 33 Behandlung der Interpellation

1. Die Interpellation ist vom Interpellanten/der Interpellantin mündlich zu begründen, worauf sie vom Sprecher/tier Sprecherin des Vorstandes beantwortet wird.
2. Nach der Antwort des Vorstandes erklärt der Interpellant/die Interpellantin, ob er/sie von der Antwort befriedigt ist. Eine Diskussion findet nur statt, wenn die Delegiertenversammlung dies ausdrücklich beschliesst. Findet keine Diskussion statt, ist mit der Erklärung des Interpellanten/der Interpellantin die Interpellation erledigt.

Art. 34 Kleine Anfrage

1. Die kleine Anfrage ist ein schriftlich eingereichter Vorstoss. Der Vorstand gibt darauf schriftlich oder mündlich Antwort.
2. Eine mündliche Begründung ist ausgeschlossen. Eine Diskussion findet nicht statt.

Art. 35 Resolution

1. Die Resolution ist eine Erklärung der Delegiertenversammlung an die Öffentlichkeit, an einzelne Kreise oder Behörden zu bestimmten Fragen oder Geschehnissen.
2. Die Bezirkssynodalen können dem Präsidenten/der Präsidentin bis zwei Wochen vor der Delegiertenversammlung schriftlich formulierte Anträge für den Beschluss einer Resolution einreichen. Für später eingereichte Resolutionsanträge kann die Delegiertenversammlung die dringliche Behandlung beschliessen. Der Wortlaut wird den Bezirkssynodalen schriftlich zur Kenntnis gebracht.

Art. 36 Behandlung Resolution

1. Bei der Behandlung der Resolution wird dem Antragsteller/der Antragstellerin das Wort zur Begründung erteilt.
2. Eine Diskussion findet nur statt, wenn die Resolution bekämpft wird oder textliche Änderungen vorgeschlagen werden. Änderungen des Resolutionstextes können auch ohne Zustimmung des Antragstellers/der Antragstellerin beschlossen werden.

3. Für das Zustandekommen einer Resolution bedarf es einer Mehrheit von zwei Dritteln der anwesenden Delegierten.

Art. 37 Petition

Die Petition ist ein Gesuch oder ein Begehren, das von ausserhalb an den Vorstand gerichtet wird. Sie ist dem Präsidenten/der Präsidentin zuhänden des Vorstandes oder der Delegiertenversammlung schriftlich einzureichen.

F. Inkrafttreten

Art. 38 Inkrafttreten

Die Geschäftsordnung wurde am 17. Juni 2003 von der Bezirkssynode genehmigt.

Sie tritt am 1. Oktober 2003 in Kraft.

Messen/Biberist, 17. Juni 2003

Der Präsident: *Robert Fürst*
Die Aktuarin: *Heidi Kleeb*